

Die Umweltpolitik 1982–1998 aus der Sicht der Umweltverbände

Von Helmut Röscheisen

Im Folgenden will ich versuchen, die Sicht der Umweltverbände, auch meine Erfahrungen, anhand von wenigen Punkten darzustellen. Ich habe sie so ausgewählt, dass ein Bezug zur heutigen Politik besteht. Auf diese Weise kann man sich auch aus einer etwas kritischen Haltung ein Bild davon machen, was gut und was weniger gut gelaufen ist.

1. Aktionsprogramm Ökologie (1984)

Während der Zeit der sozial-liberalen Koalition Anfang der 70er Jahre wurde in der Tat der Umweltschutz in Deutschland etabliert, lange bevor die Umweltschutzverbände Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre entstanden.

Peter Menke-Glückert und Günther Hartkopf, beide Staatssekretäre im Innenministerium, haben damals zusammen mit anderen, Innenminister Baum und auch mit dem damaligen Landwirtschaftsministerium, ein wegweisendes Konzept in Auftrag gegeben, das sog. Aktionsprogramm Ökologie, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Der in mehrjähriger Arbeit von 50 international angesehenen Wissenschaftlern erstellte umfassende Bericht für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik gilt als nationaler Beitrag der Weltstrategie zur Erhaltung der Natur (IUCN) und von Global 2000, dem Expertenbericht an den US-Präsidenten. Dieses Aktionsprogramm Ökologie hat in der Tat die Grundlage für eine umfassende Umweltvorsorgepolitik gelegt, die auch heute noch, zumindest in wesentlichen Bereichen, Gültigkeit besitzt.

Ergebnis der ersten Jahre der Ära Kohl im Umweltbereich war, dass dieses Aktionsprogramm Ökologie in den Schubladen verschwunden ist. Kein Mensch sprach mehr davon. Die Vorlage wurde nicht verwandelt, wie man im Fußball sagt. Vielleicht weil sie von der falschen Vorgängerregierung kam, vielleicht weil die Vorschläge ziemlich weitgehend waren und in das Wirtschaftssystem einer Wegwerfgesellschaft mit einer auf quantitatives Wachstum setzenden Wirtschaft zu stark eingegriffen hätten. Das war die erste Momentaufnahme, eine kritische Momentaufnahme.

2. Die Aufnahme der Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ ins Grundgesetz wird verhindert (1984)

Es gab 1984 Gesetzentwürfe von der damaligen Opposition, SPD und Grünen, zur Änderung des Grundgesetzes für die Einführung des Staatsziels Umweltschutz. Beide Gesetzentwürfe wurden von der CDU/CSU einheitlich abgelehnt

mit einer interessanten nachvollziehbaren Begründung: Die Einführung berge unabsehbare Risiken im Hinblick auf die Entwicklung der Rechtsprechung, weil man befürchte, dass der Umweltschutz rechtlich Vorrang hätte vor anderen Zielen. Aber es gab noch eine zweite Begründung, nämlich, man würde damit im Hinblick auf eine nicht erfüllbare Erwartungshaltung in der Bevölkerung den Boden dafür ebnen, dass wegweisende (wirtschaftliche) Veränderungen gebremst würden. Es ist schon angeführt worden, dass die Kohl-Regierung als relativ wirtschaftsfreundlich galt. Dass die Einführung der Staatszielbestimmung Umweltschutz im Grundgesetz 1984 aus diesen Gründen gescheitert ist, ist ein weiterer Beweis dafür.

Hierzu passt auch der gescheiterte Versuch, das Thema Umweltschutz in das Steuersystem einzuführen. Es gab eine Absprache zwischen Bundeskanzler Kohl und dem damaligen Chef der BASF, dass die Ökosteuer in Deutschland nicht eingeführt werden solle, weil die Chemieindustrie damit über Gebühr belastet worden wäre.

Erst 1994 kam es durch Art. 20a GG zur Aufnahme der Staatszielbestimmung Umweltschutz ins Grundgesetz.

3. Bundeskanzler Helmut Kohl zieht Umwelt- und Energiepapier der CDU-Programmkommission aus dem Verkehr (1988)

Im Jahre 1988 gab es ein brisantes Papier der CDU-Programmkommission: Ein Papier zum Thema Umwelt und Energie, an dem praktisch sämtliche bekannten Persönlichkeiten der Union mitgearbeitet hatten, u. a. Heiner Geißler, Klaus Töpfer, Heinz Riesenhuber, Rita Süßmuth. Dieses Papier hatte einen bemerkenswerten Inhalt, der auch für die heutige Politik noch relevant ist. Denn gerade heute haben wir vom DNR eine kritische Pressemitteilung herausgegeben mit der Überschrift „CDU-Kanzlerkandidatin Merkel, Atomkanzlerin“ als Reaktion auf die Erklärung von Frau Merkel, dass sie den Ausstieg aus dem Atomausstieg anstrebt. Dies bedeutet natürlich eine Kampfansage an die Umweltverbände, das weiß die Bundeskanzlerin und das weiß auch die CDU. An diesem Punkt sind wir völlig konträr, weil wir der Meinung sind, dass eine vernünftige, zukünftige Energiepolitik ohne Atom, ohne Kohle durch Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien gekennzeichnet sein muss. Das ist ein Kontrapunkt und, wie Sie sehen, gehen die Auseinandersetzungen um diesen Gegensatz weit in die Vergangenheit zurück.

Im Papier der Programmkommission Umwelt und Energie hatten Prof. Töpfer u. a. wegweisende Ideen aufgezeichnet: Energiepolitik ohne Kernenergie und mit immer weniger fossilen Energieträgern. Die Autoren beklagten fehlende institutionelle und wissenschaftliche Grundlagen für die Erforschung und Anwendung neuer regenerativer Energieträger, von Energieeffizienz und Energieeinsparungen und forderten eine entsprechende Großforschungsein-

richtung. Dieses Papier konnte auf dem Wiesbadener Parteitag der Union im Jahr 1988 nicht verabschiedet werden.¹ Das ist für mich eine der bemerkenswertesten, problematischsten Entscheidungen in der Ära Kohl zum Umweltbereich. Eine solche Entscheidung kann m.E. nicht zukunftsfähig sein. Das hat mit dazu beigetragen, dass die Umweltpolitik in der Ära Kohl von meiner Seite eher eine negative Bewertung erfahren muss.

4. Waldsterben als vorherrschendes Thema der 80er Jahre

In den 80er Jahren war das Waldsterben eines der zentralen Themen, das wir von den Umweltverbänden mitgeprägt haben. In der Amtssprache hieß es „neuartige Waldschäden“. Es gab dann, das ist sehr positiv, die Großfeuerungsanlagenverordnung und die TA Luft. Beide Regelungen wurden während der sozial-liberalen Zeit konzipiert und dann in der Ära Kohl umgesetzt. Die Belastung ist danach bei Schwefeldioxyd sehr stark zurückgegangen. Was wir bis heute nicht erreicht haben, ist die entscheidende Reduktion von Stickoxyden, insbesondere aus dem Verkehr und aus dem Bereich der Landwirtschaft, die nach wie vor dafür sorgen, dass das Thema Waldschäden auf der Agenda bleibt. Gerade im letzten Jahr war wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Wir sind also da noch nicht entscheidend weitergekommen.

5. Wiedervereinigung Deutschlands

Die umweltpolitischen Folgen der Wiedervereinigung Deutschlands wurden bereits erwähnt. Für die Umweltschützer besonders bemerkenswert war – haben das „Aufbruch im Umbruch“ genannt –, dass durch die Tat einiger weniger, der so genannten Viererbande in der ehemaligen DDR mit Michael Succow, Hans Dieter Knapp, Lebrecht Jeschke und Matthias Freude, Naturschutzgeschichte geschrieben wurde. Sie haben es geschafft, in einem dramatischen Wettlauf mit der Zeit die wichtigsten, ökologisch wertvollsten Gebiete in der

¹ Zur Beratung des Leitantrages „Das christliche Menschenbild als Grundlage unserer Politik“ wurde eine Kommission eingesetzt, zu deren etwa 20 Mitgliedern auch Geißler, Riesenhuber, Süßmuth und Töpfer gehörten. Der ursprüngliche Entwurf behandelte folgende Themen: I. Präambel, II. Menschliches Leben ist unverfügbar, III. Kinderfreundliche Gesellschaft, IV. Zusammenleben mit Kranken, Pflegebedürftigen und Behinderten, V. Ältere Menschen, VI. Solidarität mit Arbeitslosen, VII. Miteinander von Deutschen und Ausländern, VIII. Umwelt. In der Sitzung der Kommission am 12. Februar 1988 wurden die Punkte VII und VIII aus dem Leitantrag gestrichen. – Auf dem Wiesbadener Parteitag vom 12.–15. Juni 1988 wurde vom Bundesvorstand der JU und vom CDU-Landesverband Saar der Antrag gestellt, einen Abschnitt „Umweltschutz“ als Ergänzung in den Beschluss aufzunehmen. Die Anträge wurden als Material an den Bundesvorstand überwiesen und in den Leitantrag des 37. Bundesparteitages (1989) „Die Schöpfung bewahren“ einbezogen. [Anm. der Redaktion]

ehemaligen DDR rechtlich so zu schützen, dass sie in den deutschen Einheitsvertrag übernommen werden konnten, bevor sich die DDR aufgelöst hat. Es war einer der letzten Beschlüsse des DDR-Ministerrates. Die Schutzgebiete sind in den Einheitsvertrag aufgenommen worden und haben bis heute Bestand. Es sind die fünf Nationalparks, Jasmund, die Vorpommersche Bodden-Landschaft, der Müritz-Nationalpark in Mecklenburg-Vorpommern, der Hochharz in Sachsen-Anhalt und die Sächsische Schweiz in Sachsen, dann sechs Biosphärenreservate und einige Naturparks. Prof. Töpfer hat zu Recht diese Gebiete als das Tafelsilber der deutschen Einheit bezeichnet.

6. UN-Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio (1992)

Meiner Meinung nach hat sich die Umweltpolitik der Ära Kohl durch eine starke Umweltaußenpolitik ausgezeichnet. Das Gewicht wurde sehr auf Außenpolitik gelegt. Der Kanzler war selbst in Rio anwesend und hat sich dort stark für eine nachhaltige Entwicklung eingesetzt, ebenso wie Minister Töpfer. Über die Entwicklung eines Nationalen Nachhaltigkeitsrates wurde debattiert, ohne allerdings national die Dinge umsetzen zu können. Das große Engagement von Prof. Töpfer mündete dann in seine Ernennung als Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP).

7. Größtes Defizit

Es geht um das Scheitern der geplanten Reform des Bundesnaturschutzgesetzes und zwar trotz mehrfacher Ankündigungen von Minister Töpfer, dieses Gesetz zu ändern. Das Reformvorhaben scheiterte letztlich am Widerstand der Agrarlobby, die in der Ära Kohl über einen sehr starken Einfluss verfügte. Es ist damals leider nicht gelungen, das Gesetz zu ändern. Ein zentrales Merkmal des inzwischen novellierten Bundesnaturschutzgesetzes ist es auch, fachliche Anforderungen an die landwirtschaftliche Praxis vorzugeben, da die industrialisierte Landwirtschaft ein Hauptfaktor bei der Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist. Dieses Ziel sollte mit einer Reform des Bundesnaturschutzgesetzes erreicht werden. Dies ist weder Minister Klaus Töpfer noch danach Ministerin Angela Merkel geglückt. Erst die Rot-Grüne Koalition konnte am Ende der letzten Legislaturperiode dieses Gesetz reformieren.

8. Der Einfluss der Umweltverbände

Ich möchte mit etwas Positivem enden. Es gab einen bemerkenswert engen Draht zwischen dem langjährigen Präsidenten des DNR, Prof. Wolfgang Engelhardt, und Bundeskanzler Helmut Kohl. Engelhardt war so etwas wie Kohls

umweltaußenpolitischer Berater. Er hat sicher dazu beigetragen, dass Bundeskanzler Kohl in Rio persönlich anwesend war. Engelhardt war im Übrigen auch derjenige, der das erste Umweltministerium in Deutschland und zwar in Bayern konzipiert hat. Er hat in vielen persönlichen Vieraugengesprächen mit dem Bundeskanzler bewirkt, dass Helmut Kohl das Thema Schutz des tropischen Regenwaldes wie kein anderer bisher in Deutschland zu seinem Thema gemacht hat. Das hat dazu geführt, dass insbesondere im Amazonasgebiet in Brasilien – das ist das größte noch erhaltene Regenwaldgebiet der Erde mit einer ungeheuren Artenvielfalt – ein sog. Pilotprogramm in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro zur Erhaltung dieses Tropenwaldes gestartet wurde. Das hat sicher dazu beigetragen, dass der Druck auf dieses Gebiet etwas begrenzt wurde, aber es konnte nicht verhindern, dass die Zerstörung der Regenwälder weiter voranschreitet.

Trotzdem will ich die Leistung des Bundeskanzlers hier erwähnen, die sehr positiv war. Dass der Bundeskanzler zum 75. Geburtstag unseres langjährigen Vereinspräsidenten Prof. Engelhard persönlich die Laudatio gehalten und sich mehrere Stunden außerordentlich wohl gefühlt hat im Kreise der Naturschutzverbände, will ich hier nicht verschweigen. Es gab also trotz der Defizite, die ich benannt habe, eine bemerkenswerte persönliche Übereinstimmung zwischen ihm und Teilen der Umweltverbände. Wir müssen damit rechnen, dass nach der nächsten Bundestagswahl die Akzente im Umweltbereich anders gesetzt werden. Ich hoffe sehr, dass wir die Differenzen, die wir etwa bei der Energiepolitik haben, auch wegen der guten persönlichen Beziehungen zur CDU-Spitze, in dem einen oder anderen Punkt abbauen und auf diese Weise Fehlentwicklungen verhindern können.

